

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

Einleitung

[urn:nbn:de:bsz:31-244619](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-244619)



## Einleitung

1. **Der Wahlkampf 1912.** Mit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform 1909 hatte eigentlich der Wahlkampf für die Neuwahlen 1912 eingesetzt. Die Liberalen und Sozialdemokraten forderten schon damals die sofortige Auflösung des Reichstages; aber gerade dieser „sterbende Reichstag“ leistete noch hervorragende Arbeit (Reichsversicherungsordnung, Privatbeamtenversicherung usw.). Am 5. Dezember 1911 erst wurde die Legislaturperiode geschlossen, einige Tage darauf der Reichstag aufgelöst, und die Neuwahlen auf den 12. Januar 1912 ausgeschrieben. Der Vorstand der Zentrumsfraktion erließ alsbald folgenden

### Wahlaufruf:

Die Neuwahlen zum Reichstag stehen bevor. Ihr Ausfall wird von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der innerdeutschen Politik sein.

Bei Beginn der abgelaufenen Legislaturperiode wurde der Versuch unternommen, unter Ausschaltung des Zentrums, die Linke und Rechte des Reichstags zu einer Mehrheit zu verbinden, in deren Händen die Entscheidung aller wichtigen politischen Fragen liegen sollte.

Dieser Versuch scheiterte an seinem inneren Widerspruch, die Ausschaltung des Zentrums hat sich als unmöglich erwiesen.

Nur durch unsere Mitwirkung konnte im Jahre 1909 die dringend notwendige Finanzreform zustande kommen.

Diese Reform hat dem Reich die Möglichkeit gegeben, seine Wehrhaftigkeit zu Wasser und zu Lande zu festigen und dadurch in kritischen Zeiten den Frieden zu erhalten; sie hat die Finanzen des Reiches auf eine solide Grundlage gestellt und dadurch die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse wirksam gefördert.

Seitdem sind weitere wichtige Gesetze unter unserer entscheidenden Mitwirkung zustande gekommen.

Das große Werk der Reichsversicherungsordnung ist durch unsere Hilfe glücklich vollendet und dadurch die alte Forderung des Zentrums nach Einführung der Witwen- und Waisenversicherung verwirklicht worden.

Ebenso ist es, trotz großer Schwierigkeiten, gelungen, die Vorlage über die Privatbeamtenversicherung zu verabschieden.

Das Bestreben, unter Niederwerfung des Zentrums eine liberale Aera herbeizuführen, ist gleichwohl nicht aufgegeben; jetzt soll dies durch Bildung einer großen liberalen Gesamtpartei erreicht werden, wobei auch die Hilfe der

Sozialdemokratie nicht verschmäht wird, obgleich die Bestrebungen dieser Partei auf die Zerstörung der Grundlage von Kirche, Staat und Gesellschaft gerichtet sind.

Was der Sieg des Liberalismus bedeuten würde, brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen.

Der große wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands begann, als Fürst Bismarck sich von den Liberalen trennte und mit Unterstützung des Zentrums eine neue, auf den wirksamen Schutz der nationalen Arbeit gerichtete Wirtschaftspolitik eröffnete.

Der Zolltarif vom Jahre 1902 und die auf seiner Grundlage abgeschlossenen Handelsverträge haben diesen Aufschwung mächtig gefördert; für die Landwirtschaft eine Steigerung der Produktion und Besserung aller Verhältnisse, für Handel und Industrie die Sicherung des heimischen Marktes und Erleichterung des ausländischen Absatzes, für Handwerker und Arbeiter lohnende Beschäftigung ermöglicht.

Die Wiederkehr einer liberalen Ära würde eine Erschütterung unseres jetzigen bewährten Wirtschaftssystems zur Folge haben.

Die Gefahr liegt um so näher, da die Erneuerung der im Jahre 1917 ablaufenden Handelsverträge zu den Aufgaben des kommenden Reichstages gehört.

Aber noch höhere Güter stehen in Frage; die Vorherrschaft des Liberalismus in den siebziger Jahren hat uns den unseligen Kulturkampf gebracht, dessen Spuren heute noch nicht überwunden sind. Die Ziele einer neuen Herrschaft des Liberalismus verrät der täglich wiederholte Kampfruf, der die liberalen Parteien sammeln soll — Kampf gegen Rom, Kampf gegen die katholische Kirche, Kampf gegen jede Betätigung christlicher Ueberzeugung.

Die Zentrumspartei steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung; unter Hochhaltung des föderativen Prinzips tritt sie jederzeit für die Rechte des Volkes und der Volksvertretung ein.

Die seit langem erstrebte Verfassung für Elsaß-Lothringen ist in diesem Jahre erreicht, ebenso sind auf unseren Antrag die Rechte des Reichstages hinsichtlich der Kolonien und Schutzgebiete erweitert worden.

Weise Sparsamkeit auf allen Gebieten der Reichsverwaltung halten wir für notwendig, die Ausgaben müssen dauernd den vorhandenen Mitteln angepaßt werden.

Die Zentrumspartei wird das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen, wie bisher, so auch künftig, nach Kräften zu fördern bemüht sein. Die Wohlfahrt des Ganzen kann nur in dem gerechten Ausgleich der verschiedenen Interessen gefunden werden.

Unsere Bestrebungen für Besserung der Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes werden wir in den nächsten Jahren mit besonderem Nachdruck verfolgen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Schutzgebiete ist im Wachsen; höher aber noch steht uns die Gewinnung dieser Länder für den christlichen Glauben und die christliche Kultur.

Wir sind überzeugt, daß die Religion die Grundlage aller Völkergröße bildet, daß nur wahre Religiosität auf die Dauer die Bürgerschaft für Volkskraft und Volksgesundheit in sich schließt.

Alle Maßnahmen zum Schutze des religiös-sittlichen Lebens werden unsere eifrige Mitwirkung finden, alle gegenteiligen Bestrebungen werden wir bekämpfen.

Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands hat zu einem Nebeneinanderbestehen großer christlicher Gemeinschaften geführt.

Das Wohl des Vaterlandes verlangt gebieterisch ein friedliches Zusammenleben der getrennten Konfessionen.

Auß tiefste beklagen wir die Erregung konfessioneller Leidenschaften, wie solche in letzter Zeit hervortraten; wir lehnen unsererseits eine Verantwortung dafür ab.

Die Zentrumsparlei hat nie etwas anderes gefordert, als die Freiheit des religiösen Lebens von staatlicher Bevormundung und die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung für die Angehörigen des katholischen Volksteiles. Dafür wird sie auch in Zukunft eintreten, unbeirrt durch Verdächtigungen und Anfeindungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Im März dieses Jahres konnte die Zentrumsfraktion des Reichstages auf eine 40jährige Vergangenheit zurückblicken. Dankbar hat sie an diesem Tage der Wählerschaft gedacht, welche ihr während dieser langen Zeit in zunehmendem Maße Vertrauen und Anhänglichkeit bewahrt und zum Ausdruck gebracht hat.

Zuversichtlich bauen wir darauf, daß unsere treuen Wähler auch jetzt wieder zu uns stehen. Möge kein Wahlberechtigter am Entscheidungstage zurückbleiben!

Es gilt die höchsten Güter der menschlichen Gesellschaft, es handelt sich um Erfüllung unserer Pflicht gegen Gott und Vaterland!

Für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Berlin, im Dezember 1911.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags:

Dr. Freiherr von Hertling, Dr. Schaedler, Dr. Spahn, Groeber, Fritzen,  
Dr. Dike, Glowahski, Herold, Horn, Trimbom, Müller, Kohl, Sped,  
Dr. Jaeger, Dr. Pichler, Fehrenbach, Vonderseeher, Koeren.

Der gesamte Wahlkampf drehte sich um den sog. „schwarz = blauen Block“; Liberale und Sozialdemokraten stellten sich das gemeinsame Ziel, eine Mehrheit aus der Rechten und dem Zentrum nicht wiederkehren zu lassen. Ein willkommenes Agitationsmittel bildete hierbei die Reichsfinanzreform, obwohl gerade im Dezember 1911 noch bekannt wurde, wie günstig der Stand der Reichsfinanzen ist. Aber über neue Steuern läßt sich bei den Wahlen so bequem reden. Daneben zeigte sich eine von liberaler Seite stark betriebene konfessionelle Verhezung; die Konservativen suchte man in den protestantischen Gegenden zu verdächtigen, weil sie mit dem Zentrum eine Anzahl von guten Gesetzen geschaffen hatten; gegen das Zentrum konnte man die alten Register ziehen. Nur einige Beispiele dieser liberalen Friedensliebe.

Am 4. Januar 1912 fand in Haßloch in der Pfalz eine stark besuchte Versammlung des Bundes der Landwirte statt. Wie wir dem Berichte der Pfälz. Ztg. (Nr. 3 vom 4. Januar) entnehmen, nahm in dieser Versammlung auch der bisherige bündlerische Landtagsabgeordnete Gutsbesitzer Dr. Lehmann von Freinsheim das Wort, um auf die Bildung des Großblocks in Bayern hinzuweisen, zu dem auch die Mitglieder des Landwirtebundes eingeladen waren. Der liberale Führer Dr. Casselmann, so äußerte der bündlerische Redner, hat mich einen tiefen Einblick tun lassen in die Auffassung, die er davon hat. Er sagte, der konfessionelle Kampf geht mir gerade bei den Wahlen direkt gegen den

Strich, aber wenn sie (die Bündler) nicht mittun bei diesem Bündnis, das wir ihnen jetzt anbieten, das heißt, mit der Sozialdemokratie jetzt gemeinsam vorzugehen, dann werden wir auch den **furor protestanticus** bei Ihnen protestantischen Bauern wieder wecken! Ich kann ausagen, daß ich sehr erstaunt war, daß man mit solcher Offenheit so etwas, was wir allerdings schon im voraus wußten, preisgibt.

Ein Flugblatt des nationalliberalen Wahlvereins Löben-Angerburg, wo Konservative und Nationalliberale um das Mandat kämpften, begann mit den Worten:

„Evangelische Männer Majurens, schon recht das Zentrum seine Hand, um auch Euer Land dem römischen Papste zu unterwerfen. Die nahen Wahlkreise Allenstein-Rößel und Braunsberg-Heilsberg sind bereits seit Jahren im Reichstage durch Centrumsmänner vertreten, und in Sensburg-Ortelsburg ringen Polen, Katholiken und Konservative mit den Nationalliberalen um die Siegespalme. Auch in unserem Wahlkreise hat das Zentrum bereits in den Wahlkampf eingegriffen. Zwar hat es, wie seine Vertreter in zwei Anzeigen in den Blättern kundgetan haben, für die Aufstellung eines Zählkandidaten für diesmal Abstand genommen, aber der Landtagsabgeordnete Erzpriester Romahn-Rößel hat die Katholiken belehrt, daß sie den konservativen Kandidaten Franz zu wählen haben.“

Im zweiten badischen Reichstagswahlkreis Donaueschingen standen sich in der Stichwahl der Zentrumsabgeordnete Duffner und der liberale Kandidat Dr. Kombach (Altkatholik) gegenüber. Da erschien vor der Stichwahl folgendes Flugblatt:

#### Aus dem zweiten badischen Reichstagswahlkreis.

Gestern wurde in den evangelischen Dörfern unseres Bezirks ein Wahlaufruf der „konservativen Partei“ verbreitet. Darin heißt es: „Der Kandidat des liberalen Blocks, Herr Rechtsanwalt Kombach steht so weit links, daß ihn kein konservativer Mann wählen kann. Daß niemand, der sich konservativ nennt, einem Sozialdemokraten seine Stimme geben darf, ist selbstverständlich.“

Und nun werden die konservativ gerichteten Wähler vor die Wahl gestellt, weiße Zettel abzugeben oder am Wahltage zu Hause zu bleiben, „wenn sie nicht dem Kandidaten des Zentrums, Herrn Gutsbesitzer Duffner-Furtwangen ihre Stimme geben wollen“.

Woher dies Flugblatt stammt, sagt uns sein letzter Satz:

„Zahlreiche (konservative) Freunde in St. Georgen werden Herrn Duffner wählen.“

Wie können sich evangelische deutsche Männer so weit vergessen, ihre Glaubensgenossen zum Verrat an ihrer Kirche aufzufordern, weil sie selber, die zahlreichen Freunde der konservativen Sache in St. Georgen, versprechen, am Wahltage ihrer Kirche einen Faustschlag ins Gesicht zu geben!!

Es ist wahrlich nichts anderes, als gemeinlicher Verrat, wenn evangelische Männer dem Zentrumskandidaten ihre Stimme geben und noch andere dazu verleiten wollen!!

Ein wesentliches Ziel der Zentrumspolitik ist das, für Aufhebung des § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 einzutreten, mit anderen Worten: Das Zentrum will die Zulassung von Männerorden erwirken, es will zur Unterstützung und Förderung seiner Ziele die Jesuiten ins Land lassen! Der Jesuitenorden hat bekanntlich die Aufgabe, mit allen Mitteln die evangelische Kirche zu bekämpfen!

Und da fordern Männer in St. Georgen, die noch evangelisch sein wollen, ihre Glaubensgenossen auf, dem Zentrumskandidaten, der mit beiden Armen die Jesuiten an sein Herz schließen wird, die Stimme zu geben!

Ihr evangelischen Männer unseres Wahlbezirks! Das dürfen wir nicht! Das verbietet uns unser Gewissen, unsere Anhänglichkeit an unsere teure evangelische Kirche, unsere Liebe zum Vaterland!

Wir wollen unsere Ohren dem verräterischen Rufen der zahlreichen Freunde in St. Georgen“ verschließen, wir wollen unsere Stimme am 12. Januar dem Kandidaten der liberalen Partei geben: Herrn Dr. Kumbach!

Der Tag der Hauptwahl brachte keine Entscheidung; nur etwas mehr als die Hälfte aller Mandate wurden vergeben. Von 206 gewählten Abgeordneten entfielen auf: Zentrum 79, Sozialdemokratie 64, Konservative 27, Reichspartei 5, Wirtschaftliche Vereinigung 3, Polen 14, Elsässer und kleine Gruppen 10. Ganz schlecht hatten die Liberalen abgeschnitten; die Nationalliberalen erhielten nur 4 Mandate, die Volkspartei konnte überhaupt aus eigener Kraft kein einziges Mandat erlangen. 121 Sozialdemokraten standen in den Stichwahlen. Um das Vordringen derselben zu verhindern, hatte die Regierung nicht nur so gut wie nichts getan, sondern durch die drei Stichwahltermine vom 20., 22. und 25. Januar 1912 es wesentlich erleichtert, daß ein Wahlabkommen mit dieser Partei geschlossen und durchgeführt werden konnte.

Die Wahlbeteiligung am 12. Januar 1912 war eine sehr lebhafteste und stand mit 84,52 v. H. nur wenig (0,2 v. H.) hinter der Beteiligung von 1907 zurück. Von 14 442 000 Wahlberechtigten stimmten 12 207 000 Wähler ab; es entfielen auf:

|   |           |
|---|-----------|
| Zentrum . . . . .                         | 1 991 000 |
| Konservative . . . . .                    | 1 126 000 |
| Reichspartei . . . . .                    | 383 000   |
| Anderere rechtsstehende Gruppen . . . . . | 424 000   |
| Polen . . . . .                           | 448 000   |
| Elsaß-Lothringer . . . . .                | 157 000   |
| Welfen . . . . .                          | 91 000    |
| Nationalliberale . . . . .                | 1 723 000 |
| Volkspartei . . . . .                     | 1 506 000 |
| Sozialdemokratie . . . . .                | 4 250 000 |

Ein Vergleich mit den Zahlen der Wahl von 1907 ist nicht zu ziehen; damals unterstützten sich sofort im ersten Wahlgange Konservative und Liberale; diesmal verzichtete das Zentrum in vielen (92) Kreisen auf eigene Kandidaten zugunsten der Rechten.

Die politische und parlamentarische Entscheidung konnten erst die Stichwahlen bringen. Das Zentrum setzte den Kampf gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie fort; die Nationalliberalen gaben ihre Parole von Bezirk zu Bezirk aus; die freisinnige Volkspartei aber, welche noch kein einziges

Mandat besaß, schloß ein förmliches Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Der Inhalt desselben ist aus folgendem Rundschreiben ersichtlich:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Parteivorstand.

Berlin, 17. Januar 1912.

Werte Genossen!

Zwischen den Fortschrittlern und uns haben Verhandlungen über die gegenseitige Unterstützung bei den Stichwahlen stattgefunden. Nach dem Ausfall der Hauptwahlen sind die Fortschrittler von ihrem Standpunkt aus in einer mißlichen Situation, und es bestand die Gefahr, daß sie Anschluß nach rechts suchen und damit nicht nur die Zahl unserer Mandate verringern, sondern auch das Ziel, den schwarz-blauen Block zu zertrümmern, bereitem würden. Unter diesen Umständen erschien es uns zweckmäßig, Verhandlungen nicht abzulehnen. Dabei haben wir es entschieden zurückgewiesen, irgend-eine Kandidatur zurückzugeben, oder durch unser Verhalten auch nur dort eine Kandidatur preiszugeben, wo wir aus eigener Kraft einen Sitz zu erobern hoffen können, oder auch nur einen ehemaligen Besitzstand mit Erfolg behaupten zu können glaubten. Wir haben ferner verlangt, daß bei dem Abkommen volle Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Die Fortschrittler haben sich verpflichtet, uns in den folgenden Wahlkreisen zu unterstützen:

Landkreis Danzig; Westpreignitz; Ruppiner-Templin; Potsdam-Ost-havelland; Zauch-Belzig; Landsberg-Goldin; Königsberg-Neumark; Kottbus-Spremberg; Kalauer-Ludau; Uedermünde-Usedom; Striegau-Schweidnitz; Grünberg-Freistadt; Sagan-Sprottau; Landeshut-Zauer; Rothenburg-Doyerswerda; Jerichow; Bitterfeld; Mansfeld; Mühlhausen-Langenjalsa; Bielefeld-Wiedenbrück; Eichwege-Schmalkalden; Stadt Köln; Elberfeld-Barmen; Düsseldorf; Heilbronn; Sießen-Nidda; Gagenow; Gütrow; Jena; Altenburg; Straßburg-Land. (31.)

Dagegen haben wir außer der selbstverständlichen Unterstützung der Fortschrittler gemäß dem Jenaer Parteitagbeschuß in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie mit uns in Stichwahl stehen, folgendes zugewilligt: Wir kämpfen den Wahlkampf in nachstehenden Wahlkreisen, die wir dann, wenn die Fortschrittler nach rechts Anschluß nehmen würden, nach unserer Meinung nicht gewinnen können, nämlich:

Oberbarnim; Liegnitz; Schönau-Hirschberg; Flönsburg-Apenrade; Lauenburg; Merseburg-Duerfurt; Hagen; Dithmarschen; Calw; Balingen; Meiningen; Schaumburg-Lippe; Lippe-Dehmold; Oldenburg I und II; Nordhausen. (16.)

Die Erklärung der fortschrittlichen Kandidaten zu unseren Stichwahlen ist als ausreichend anzusehen, wenn sie dahin geht, daß die von uns gestellten Bedingungen dem Programme der Fortschrittlichen Volkspartei entsprechen, das der Kandidat als für sich bindend erklärt. Die Zentralinstanz der Fortschrittlichen Volkspartei wird öffentlich dazu auffordern, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen einem Konservativen, einem Reichsparteiler, einem Zentrumsmann oder einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung ihre Stimme geben dürfen, daß es vielmehr die politische Notwendigkeit gebiete, bei der Stichwahl mit aller Kraft auf die Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks hinzuwirken. Die Fortschrittliche Volkspartei wird ferner in einem vertraulichen Zirkular die lokalen Instanzen auffordern, für uns in den vorher zuerst genannten Kreisen einzutreten. Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlung abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen, und am Wahltag selbst keine Schlepperdienste zu

verrichten, wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten. Wir sind überzeugt, daß dieses Abkommen im Parteiinteresse und im allgemein-politischen Interesse gelegen ist, und bitten deshalb, die in Frage kommenden Kreise Ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entschiedene Durchführung unter allen Umständen einzutreten.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand."

Dieses Abkommen wurde in der sozialdemokratischen Presse nach seiner Bekanntgabe vielfach angefochten, aber der Parteivorstand konnte zu seiner Rechtfertigung darauf hinweisen, daß die Volkspartei die zugesagte Unterstützung gewährt habe.

2. Die Fraktionen im Reichstage. Die offizielle Fraktionsliste (24. Februar 1912) weist zuzüglich der bisher stattgehabten Nachwahlen folgenden Stand auf:

|                                       |     |            |
|---------------------------------------|-----|------------|
| Zentrum . . . . .                     | 90  | Mitglieder |
| Konservative . . . . .                | 45  | "          |
| Reichspartei . . . . .                | 13  | "          |
| Wirtschaftliche Vereinigung . . . . . | 8   | "          |
| Reformpartei . . . . .                | 3   | "          |
| Polen . . . . .                       | 18  | "          |
| Elßaß-Lothringer . . . . .            | 9   | "          |
| Welfen . . . . .                      | 5   | "          |
| Rationalliberale . . . . .            | 44  | "          |
| Volkspartei . . . . .                 | 41  | "          |
| Sozialdemokratie . . . . .            | 110 | "          |
| Wilbe, rechtsstehend . . . . .        | 8   | "          |
| " linksstehend . . . . .              | 3   | "          |

Rechnet man nach dem Aufmarsch der Neuwahlen, so hat der Linksbloß insgesamt 198 Stimmen, die anderen Parteien zusammen 199 Stimmen. Der Linksbloß besitzt also keine absolute Mehrheit; er ist allerdings dadurch in einem Vorteil, daß er weniger Doppelmandate aufweist und daß die Linke in der Regel stärker besetzt ist als die Rechte. Der ganze Wahlkampf hat somit die angestrebte Linksentscheidung nicht gebracht; bei allen wichtigen Abstimmungen wird es auf Kraftproben ankommen, wie schon der kurze Sessionsabschnitt zeigte.

3. Die Zentrumsfraktion im Reichstage. Während die Zentrumsfraktion am Ende der letzten Legislaturperiode 104 Mandate besessen hat, zählt sie zurzeit 90; man kann aber nicht von einem Verlust von 14 Sitzen sprechen, da 4 Abgeordnete aus den Reichsländern heute nicht mehr der Fraktion angehören; infolge der Annahme der reichsländischen Verfassung ist kein einziger reichsländischer Abgeordneter dem Zentrum beigetreten. Bei den letzten



Wahlen hat das Zentrum zwei Mandate gewonnen: St. Wendel-Ottweiler und Gleiwitz; es verlor dagegen folgende 11 Sitze: Reichenbach-Neurode, Hamm-Soest, Göttingen-Duderstadt (der welfische Abg. Götz von Dlenhausen war seit 1884 Hospitant des Zentrums), Osnabrück, Düsseldorf, Köln, Würzburg, Pfarrkirchen, Deggen Dorf, Zinnenstadt, St. Ingbert, Freiburg, Offenburg. Der Bodenseekreis Konstanz, der bei einer Nachwahl im Oktober 1911 verloren ging, wurde wieder erobert; Bingen mußte infolge Kompromisses an die Rechtsnationalliberalen abgetreten werden. Die Zentrumsfraktion zählt heute folgende Mitglieder:

**Angerpointner**, Privatier, zu Untertaching (Oberbayern) [Telegr. Waging, Oberbayern] (8. Oberbayern).

**Astor**, Kaufmann, zu Berncastel-Cues (2. Trier).

**Baumann**, Oekonomierat, Bürgermeister, Weingutsbesitzer, zu Dettelbach (Main) (2. Unterfranken).

**Beder** (Arnsberg), Schriftsteller, zu Steglitz, Althoffstraße 14 (2. Arnsberg).

**Dr. Bell**, Rechtsanwalt und Notar, zu Essen (Ruhr), Alazienallee 9 (7. Düsseldorf).

**Dr. Belzer**, Amtsgerichtsrat, zu Sigmaringen (Sigmaringen).

**Birkenmayer**, Landgerichtsdirektor, zu Waldshut (Baden) (3. Baden).

**Bolz**, Gerichtsassessor, zu Stuttgart (13. Württemberg).

**Chryfant**, Bäckermeister, zu Bonn (9. Düsseldorf).

**Dr. Dahlem** (Montabaur), Justizrat, Rechtsanwalt und Notar, zu Niederlahnstein (3. Wiesbaden).

**Diez** (Konstanz), Landwirt, Spediteur, zu Adolfszell (Bz. Konstanz) (1. Baden).  
**Duffner**, Gutsbesitzer, Hauptmann der Landwehr-Jäger I. A., zu Furtwangen (2. Baden).

**Engelen**, Amtsgerichtsrat, zu Osnabrück (3. Hannover).

**Erzberger**, Schriftsteller, zu Berlin W. 15, Ludwigskirchplatz 10 (16. Württemberg).

**Dr. Fäßbender**, Professor, Dozent, zu Südende, Anhalter Straße 7 (3. Köln).

**Fehrenbach**, Stadtrat, Rechtsanwalt, zu Freiburg (Breisgau) (6. Baden).

**Dr. Ferwers**, Geheimer Regierungsrat, Vorsteher des Stempel- und Erbschaftssteueramts, zu Düsseldorf (1. Aachen).

**Fretker**, Bäckermeister, zu Rheine (Westfalen) (4. Münster).

**Graf v. Galen**, Erbkämmerer, Fideikommißbesitzer, zu Haus Assen, Post Lippborg (Kr. Beckum) (3. Oldenburg).

**Gerlach**, Geh. Medizinalrat, zu Münster (1. Münster).

**Gerstenberger**, Benefiziat, Hauptredakteur, zu Würzburg, Marktplatz (1. Unterfranken).

**Giesberts**, Arbeitersekretär, zu München-Gladbach, Barbarossasträße 15 (5. Düsseldorf).

**Glowagki**, Fürstlichbischöfl. Kommissarius, Erzpriester und Pfarrer, zu Wyßoka, Post Lechnitz (Oberschl.) (3. Oppeln).

**Gröber**, Landgerichtsdirektor, zu Heilbronn (Neckar) (15. Württemberg).

**Graessler**, Generalmajor z. D., zu München, Sonnenstraße 7 (4. Unterfranken).

**Hartrath**, Weingutsbesitzer und Kaufmann, zu Trier (3. Trier).

- Sebel**, Pfarrer, zu Wiedergeltingen (Schwaben) (4. Schwaben).  
**Serold**, Landesökonomierat, Gutsbesitzer, zu Haus Edelinkloe, Post Münster (Westfalen) (1. Münster).  
**Dr. Sige**, ö. o. Universitätsprofessor, Apostol. Protonotar, zu Münster (Westfalen), Bahnhofstraße 50 (10. Düsseldorf).  
**Horn** (Reiße), Fürstbischöflicher Stifftsrat, Syndikus, zu Reiße (12. Oppeln).  
**Subrich** (Falkenberg), Rentier, zu Reiße, Kochstraße 3 (11. Oppeln).  
**Zrl** (Erding), Malermeister, zu Erding (Oberbayern) (5. Oberbayern).  
**Dr. Jaeger**, Buchdruckereibesitzer, Verleger, Schriftsteller, zu Speyer (Pfalz) (3. Schwaben).  
**Freiherr v. Kerckerink zur Borg**, Rittergutsbesitzer, zu Haus Borg, Post Hinterode (Kr. Münster, Westf.) (5. Minden).  
**Kloje**, Grundbesitzer, zu Loewitz (Oberchl.) (9. Oppeln).  
**Kohl**, Geistlicher Rat, Domkapitular, zu Eichstätt (Mittelfr.) (3. Oberpfalz).  
**Koßmann**, Arbeitersekretär, zu Neuntirchen (Saar) (6. Trier).  
**Krings** (Neuwied), Fabrikbesitzer, zu Niederbieber-Segendorf (Kr. Neuwied) (2. Koblenz).  
**Krix** (Allenstein), Pfarrer, zu Großlemdorf (Ostpr.) (9. Königsberg).  
**Kudhoff** (Köln), Oberlehrer, zu Essen (Ruhr) (2. Köln).  
**Dr. Lender**, Geistlicher Rat, Prälat, Erzpriester, Defan und Pfarrer, zu Sasbach (Amt Achern) (8. Baden).  
**Lejer**, Defan und Pfarrer, zu Neuhausen a. d. Fiblern (Neckarkreis) (17. Württemberg).  
**Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg**, Erblicher Reichsrat der Krone Bayern, Erbliches Mitglied der Ersten Kammern von Württemberg, Baden und Hessen, zu Kleinheubach (Unterfr.) (1. Trier).  
**Freiherr v. Malsen-Waldkirch**, Kämmerer, Fideikommißbesitzer, Oberleutnant der Landwehr-Kavallerie a. D. zu Scherchau (Post Dingolfing) und München, Schönfeldstraße 7 (1. Niederbayern).  
**Dr. Marcour**, Chefredakteur, zu Koblenz (8. Düsseldorf).  
**Marx**, Oberlandesgerichtsrat, zu Düsseldorf (6. Köln).  
**Dr. Masinger**, Gymnasialprofessor, zu München, Schönfeldstraße 3 (3. Niederbayern).  
**Dr. Maner** (Kaufbeuren), Rechtsanwalt, zu München, Karlsplatz 10, und Lessy, Post Moulins (Kr. Metz) (5. Schwaben).  
**Müller** (Zulda), Fabrikbesitzer, zu Zulda (7. Kassel).  
**Raden**, Kaufmann, beigeordneter Bürgermeister, Oberleutnant a. D., zu Eichweiler (2. Achen).  
**Pauly** (Cochem), Kaufmann und Weingutsbesitzer, zu Cochem (6. Koblenz).  
**Dr. Pfeiffer**, königlicher Bibliothekar der Hof- und Staatsbibliothek, zu München, Türkenstraße 98 (4. Oberfranken).  
**Dr. Pfleger**, Rechtsanwalt, zu Weiden (5. Oberpfalz).  
**Dr. Pieper**, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Päpstlicher Hausprälat, zu München-Grabbach, Stausenstraße 23 (11. Düsseldorf).  
**Bonschab**, Guts- und Brauereibesitzer, zu Ingolstadt (4. Oberbayern).  
**Poppe**, Pfarrer, zu Mengelrode, Post Heiligenstadt (Eichsfeld) (2. Erfurt).  
**Graf Praszma**, Herrschaftsbesitzer, Rittmeister der Reserve, zu Rogau, Post Graaje (Oberchl.) (13. Breslau).

- Dr. Preuß**, Gymnasialdirektor, zu Braunsberg (6. Königsberg).  
**Pütz**, Geistlicher Rat, Dekan und Stadtpfarrer, zu Wemding (Schwaben) (2. Schwaben).
- Ranner**, Dekonom, zu Aßlofen, Post Ebersberg (Oberbayern) (7. Oberbayern).  
**Richter**, Steueroberkontrolleur, zu Landau (Pfalz) (3. Pfalz).  
**Roeren**, Geheimer Justizrat, Oberlandesgerichtsrat a. D., zu Köln-Lindenthal, Theresienstraße 45 (4. Trier). (Am 12. April 1912 niedergelegt).
- Fürst und Altgraf **zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyd**, Standesherr und Majoratsherr, Erbliches Mitglied des Herrenhauses, Major à la suite der Armee, zu Schloß Dyd (4. Aachen).
- Graf **von und zu Sandizell**, Kämmerer, Erblicher Reichsrat der Krone Bayern, Fideikommißbesitzer, zu Sandizell und München, Elisabethstraße 26 (3. Oberbayern).
- Sapletta**, Stadtrat, Grundbesitzer, zu Ratibor (8. Oppeln).  
**Dr. v. Savigny**, Geheimer Regierungsrat, Landrat, zu Büren (Westfalen) (4. Minden).
- Dr. Schaedler**, Geistlicher Rat, Domdechant, Päpstlicher Hausprälat, zu Bamberg (5. Oberfranken).
- Scheiblbauer**, Realitätenbesitzer, zu Pradenbach (Niederbayern) (5. Niederbayern).
- Schiffer** (Borken), Ausschußvorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und Vorsitzender des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, zu Düsseldorf (3. Münster).
- Schirmer**, Redakteur, zu Pasing (4. Oberpfalz).  
**Schwarz** (Schweinfurt), Arbeitersekretär, zu Schweinfurt (5. Unterfranken).  
**Schwarze** (Lippstadt), Amtsgerichtsrat, zu Rütten (8. Arnberg).  
**Sir** (Amberg), Kaufmann, Bürgermeister, zu Wernberg (Oberpfalz) (2. Oberpfalz).
- Sittart**, Lehrer, zu Aachen (3. Aachen).  
**Dr. Spahn**, Wirklicher Geheimer Ober-Justizrat, Oberlandesgerichtspräsident, zu Frankfurt (Main) (4. Köln).
- Speck**, Oberregierungsrat, zu München, Etellstraße 5 (4. Mittelfranken).  
**Sperlich**, Geheimer Ober-Justizrat, Landgerichtspräsident a. D., zu Schweidnitz (12. Breslau).
- Stamm**, Bürgermeister, Landwirt, zu Karlsbad, Post Gößenheim (3. Unterfranken).
- Steindl**, Privatier, zu Abensberg (Niederbayern) (6. Niederbayern).  
**Strzoda**, Bauerngutsbesitzer, zu Deutsch Müllmen (10. Oppeln).  
**Stupp**, Landgerichtsrat, zu Düsseldorf (5. Aachen).
- Freiherr **v. Thünefeld**, Kämmerer, Gutsbesitzer, zu Augsburg, Philippine-Welser-Straße, und Schmiechen, Post Mering (Oberbayern) (6. Oberbayern).
- Dr. Trendel** Amtsrichter, zu Regensburg (1. Oberpfalz).  
**Trimborn**, Justizrat, zu Köln (5. Köln).
- Wallenborn**, Privatmann, zu Remagen (Rheinland) (5. Koblenz).  
**Warlo**, Stadtrat, Oberlandmesser, zu Gleiwitz (Oberschl.) (4. Oppeln).  
**Wellstein**, Senatspräsident beim Oberlandesgericht, zu Hamm (Westfalen) (3. Koblenz).  
**Wörle**, Oberlehrer, zu Augsburg (1. Schwaben).
- Dr. Am Zehnhoff**, Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht, zu Düsseldorf, Stephaniensstraße 27 (12. Düsseldorf).  
**Dr. Zehnter**, Landgerichtspräsident, zu Heidelberg (14. Baden).

Raum war die Fraktion am 7. Februar 1912 zusammengetreten, als sie sofort sich konstituierte. Der Vorstand der Fraktion wurde wiedergewählt; neu in denselben wurden gewählt die Abgeordneten Erzberger und Giesberts, so daß der Gesamtvorstand derzeit besteht aus den Abgeordneten: Dr. Spahn, Dr. Schädler, Gröber, Erzberger, Fehrenbach, Giesberts, Slowakzi, Herold, Dr. Hise, Horn (Reiffe), Dr. Jaeger, Müller-Fulda, Speck und Trimborn. In die Tage der Wahl des Gesamtvorstandes fiel die Berufung des seitherigen ersten Fraktionsvorsitzenden, Dr. Freiherrn v. Hertling, zum bayerischen Ministerpräsidenten; die Fraktion hatte ihn eben wieder einstimmig zu ihrem Vorsitzenden gewählt. So ehrend für die Fraktion diese in der Geschichte des Reichstags einzig dastehende Berufung war und ist, so sah man doch den bewährten und verehrten ersten Vorsitzenden nur höchst ungern scheiden. Unmittelbar vor dem Beginn der Osterferien wurde der bisherige dritte Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Spahn, zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt, und zwar einstimmig per Akklamation. Der zweite Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Schädler, war es, der diese Wahl vorschlug, mit dem Bemerkten, daß seine Person ein für allemal bei dieser Wahl auszuscheiden habe. Im Anschluß an diese Konstituierung der Zentrumsfraktion sei hier eingefügt die

### Satzung

der

### Deutschen Zentrumsparlei.

Beschlossen am 18. November 1911 zu Berlin.

#### § 1.

Die Organisation der Deutschen Zentrumsparlei für die Behandlung der Angelegenheiten des Reiches umfaßt:

1. die Wahlkreisauschüsse in den Reichstagswahlkreisen;
2. die Landesauschüsse in den Bundesstaaten;
3. den Reichsauschuß.

#### § 2.

Ueber die Behandlung der Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten oder Provinzen, Gemeinden oder Gemeindeverbände, sowie über die Gestaltung der hierfür bestimmten Parteiorgane entscheiden die Parteimitglieder dieser Wirkungskreise unabhängig von den Reichsorganen der Partei.

#### § 3.

In jedem Reichstagswahlkreis ist, wenn irgend möglich, ein Wahlkreisauschuß der Partei zu bilden.

#### § 4.

Die von den Parteimitgliedern eines Bundesstaates für die Angelegenheiten dieses Landes geschaffene Zentralorganisation der Partei bildet zugleich den Landesauschuß der Partei für die Angelegenheiten des Reiches in diesem Bundesstaat.

§ 5.

Dem Reichsausschuß der Partei steht die oberste Leitung der Partei in Angelegenheiten des Reiches, insbesondere die Feststellung der Parteifazung und des Parteiprogramms, zu.

§ 6.

Den Reichsausschuß der Partei bilden:

1. die Mitglieder des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Reichstags;
2. die Mitglieder der Vorstände der Zentrumsfraktionen der Landtage von Preußen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Oldenburg;
3. die Ersten Vorsitzenden der Landesauschüsse der Zentrumsparthei von Preußen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, Oldenburg und Sachsen, sowie weitere, von den Landesauschüssen aus ihrer Mitte gewählte Mitglieder, deren Zahl für Preußen 13, Bayern 6, Baden 2, Württemberg 1, Hessen 1 und Oldenburg 1 beträgt. Die Ersten Vorsitzenden sind berechtigt, sich durch ein anderes, von ihnen zu bestimmendes Mitglied ihres Landesauschusses vertreten zu lassen. Soweit die Ersten Vorsitzenden schon nach Ziffer 1 oder 2 dem Reichsausschuß angehören, ist an ihrer Stelle vom Landesauschuß ein weiteres Mitglied aus seiner Mitte zu wählen.

Durch Weivahl des Reichsausschusses können außerdem bis zu 20 Mitglieder, insbesondere aus den Vertretern der Parteipresse und der größeren Verbände, welche für das Gebiet des Reichs eine hervorragende Bedeutung haben, in den Reichsausschuß berufen werden.

§ 7.

Das Amt der Mitglieder des Reichsausschusses dauert in den Fällen des Absatzes 1 des § 6 bis zur Vornahme der Neuwahl zum entsprechenden Parteiamt in Fraktion oder Landesauschuß,  
in den Fällen des Absatzes 2 des § 6 bis zur ersten, innerhalb der Legislaturperiode des Reichstags erfolgenden Neuwahl des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Reichstags.

§ 8.

Die Vorbereitung und die Ausführung der Beschlüsse des Reichsausschusses ist Sache seines Vorstandes.

§ 9.

Der Vorstand des Reichsausschusses besteht aus 17 Mitgliedern.

Der Erste Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags ist zugleich Erster Vorsitzender des Vorstandes des Reichsausschusses. Der Reichsausschuß wählt einen ersten und einen zweiten Stellvertreter des Ersten Vorsitzenden, sowie die übrigen Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand setzt einen geschäftsführenden Ausschuß ein.

§ 10.

Der Reichsausschuß und sein Vorstand treten auf Einberufung des Vorsitzenden des Vorstandes und unter seinem Vorsitz zusammen. Der Reichsausschuß soll in der Regel jährlich einmal einberufen werden; mit dem Ort der Versammlung soll gewechselt werden.

Die Einberufung muß erfolgen, wenn sie beim Reichsausschuß von mindestens 20 Mitgliedern des Reichsausschusses, beim Vorstand von mindestens 3 Mitgliedern des Vorstands unter Angabe des Zweckes verlangt wird.

Die Einladungen erfolgen schriftlich, unter Bezeichnung des Zweckes.

An den Arbeiten des Reichstages hat sich die Fraktion rühlig und vielfach in entscheidender Weise beteiligt.

Der Budgetkommission gehören an: Erzberger, Schriftführer, Fehrenbach, Gröber, Müller (Fulda), Raden, Dr. Schaedler, Dr. Spahn, Vorsitzender, Speck.

Der Petitionskommission: Bolz, Giesberts, Jrl (Erding), Dr. Marcour, Dr. Trendel, Wallenborn, Stellvertreter des Vorsitzenden.

Der Wahlprüfungskommission: Marx, Dr. Pfleger, Schriftführer, Graf Praschma, Schwarze (Lippstadt).

Der Geschäftsordnungskommission: Engelen, Schriftführer, Gröber, Kohl, Koeren (später Bell).

Der Rechnungskommission: Horn (Reiffe), Richter (Schriftführer), Schwarze (Lippstadt).

Der Staatsangehörigkeitskommission: Becker (Mnsberg), Schriftführer, Dr. Belzer, Dr. Ferbers, Wellstein, Dr. Am Zehnhoff, Dr. Zehnter.

Der Branntweinsteuerkommission: Herold, Krings (Neuwied) (später Wallenborn), Müller (Fulda) (später Speck), Richter, Graf von und zu Sandizell, Schriftführer, Sperlich, Dr. Zehnter, Vorsitzender.

Von wichtigen Referaten hatte das Zentrum folgende: a) in der Budgetkommission der Abg. Erzberger: Die allgemeine Finanzverwaltung, den Hauptetat, Pensionsfonds, Reichsschuld, Militär- etat und Militärvorlage; Frhr. von Thünefeld: Marineetat und Flottenvorlage; Abg. Richter hatte das Referat zum neuen Branntweinsteuergesetz, Abg. Gröber referierte über die Aenderung der Geschäftsordnung, Abg. Dr. Jäger über die Beschlüsse der Wohnungskommission. Alle Gesetze, die zustande gekommen sind, verdanken dies der hervorragenden Mitarbeit des Zentrums.

Die Stellung des Zentrums im neuen Reichstage ist eine un- gemein verantwortungsvolle. Es kann in der Opposition jederzeit mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden; es kann auch eine solche mit der Rechten und den Nationalliberalen bilden. Diese alte Zolltarifmehrheit wäre bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstages die gegebene Arbeitsmehrheit. Mit der Rechten allein

kann das Zentrum keine Mehrheit mehr bilden, ohne daß die Polen mitstimmen, und auch dann hängt gar alles vom Zufall ab. Dieser Situation muß das Zentrum Rechnung tragen. Wenn es dies tut, kann man nicht von einer „Linkschwengung“ sprechen, so wenig man 1909 von einer „Rechtsschwengung“ reden durfte. Das Zentrum will praktische Politik treiben und muß sich die Mehrheit stets erst suchen, um die Interessen des Volkes nicht notleiden zu lassen.

**4. Thronrede.** Die Thronrede zur Eröffnung des Reichstags hat folgenden Wortlaut:

Geehrte Herren!

Im Namen der verbündeten Regierungen heiße Ich den neugewählten Reichstag willkommen.

Das feste Gefüge des Reichs und staatlicher Ordnung unverfehrt zu erhalten, die Wohlfahrt des Volkes in allen seinen Schichten und Ständen zu mehren, die Stärke und das Ansehen der Nation zu wahren und zu erhöhen, ist das Ziel Meines Handelns. In ihm weiß Ich Mich mit Meinen hohen Verbündeten ein, und Ich lebe der Ueberzeugung, daß auch Sie als die erwählten Vertreter der Nation Ihre besten Kräfte an die gemeinsame Arbeit setzen werden.

Seit einem Menschenalter nimmt die soziale Fürsorge in der Reichs-gesetzgebung einen hervorragenden Platz ein. Noch in der letzten Tagung des vorigen Reichstages sind die Wohlthaten der Versicherung auf weite Kreise der Bevölkerung ausgedehnt worden. Derselbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen ist, muß auch fernerhin walten. Denn die Entwicklung steht nicht still.

Die Finanzen des Reiches haben festen Halt gewonnen. Auf der Grundlage bestimmter bemessener Matrifularbeiträge ist es gelungen, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen und mit Hilfe der Ueberschüsse, die sich ergeben haben, den außerordentlichen Etat zu entlasten. Durch Festhalten an den bisherigen strengen Grundsätzen wird das Reich binnen kurzem zu einer vollständigen Gesundung seiner Finanzen gelangen.

Mit Befriedigung erfüllt Mich der Gedanke, welch hohe Leistungen der freie Unternehmungsgeist in Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr vollbracht hat, und wie bei steigender Vervollkommnung ihrer Technik die Landwirtschaft allmählich wieder emporgehoben ist. Angesichts dieser glücklichen Fortschritte werden die verbündeten Regierungen die Grundlagen unserer Zollpolitik auch künftig bei Vorbereitung und Abschluß neuer Handelsverträge nicht verlassen.

Der Stärkung des Deutschtums im Ausland wird ein Ihnen alsbald zugehender Entwurf dienen, der die Reichs- und Staatsangehörigkeit neu in der Weise geregelt, daß es den deutschen Landsleuten draußen erleichtert wird, Reichsangehörige zu bleiben oder die verlorene Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben.

Das Gedeihen unserer Werke des Friedens daheim und über See hängt davon ab, daß das Reich mächtig genug bleibt, um seine nationale Ehre, seinen Besitz und seine berechtigten Interessen in der Welt jederzeit zu wahren und zu vertreten. Deshalb ist Meine beständige Pflicht und Sorge, die Wehrkraft des deutschen Volkes, dem es an weissenfähiger junger Mannschaft nicht gebricht, zu Lande und zu Wasser zu erhalten und zu stärken. Gesetzentwürfe, die diesen Zweck verfolgen, sind in Vorbereitung und werden Ihnen mit Vorschlägen über die Deckung der Mehrkosten zugehen.

Helfen Sie, geehrte Herren, diese hohe Aufgabe erfüllen, so werden Sie dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen.

Von unserer Bereitwilligkeit, internationale Streitpunkte gütlich zu erledigen, wo immer es der Würde und den Interessen Deutschlands entspricht, haben wir durch den Abschluß der Vereinbarungen mit Frankreich einen neuen Beweis gegeben. Neben der Pflege unserer Bündnisse mit der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie und dem Königreich Italien bleibt Meine Politik darauf gerichtet, mit allen Mächten freundliche Beziehungen auf der Basis gegenseitiger Achtung und guten Willens zu unterhalten.

Im Vertrauen auf die gesunde Kraft des deutschen Volkes blicke Ich mit Zuversicht, und auf Gottes gnädigen Beistand bauend, über die Kämpfe des Tages hinweg in die Zukunft des Reichs. — So entbiete Ich Ihnen, geehrte Herren, zum Beginn einer neuen Legislaturperiode Meinen Gruß in der Hoffnung, daß Ihre Tätigkeit dem Volke und dem Lande zum Heile ge- reichen werde!

Eine Adresse auf die Thronrede wurde von keiner Seite angeregt. In der Generaldebatte zum Etat gab der Reichstag die Antwort.

5. Die **Präsidentenwahl**. Es war wohl die schwierigste Präsi- dentenwahl, welche der Reichstag im Februar vorzunehmen hatte, und sie endigte mit einer politischen Abnormität; eine Fraktion, welche bei der Hauptwahl kein einziges Mandat erzielte, erhielt den Präsidenten und den zweiten Vizepräsidenten, die National- liberalen dagegen den ersten Vizepräsidenten. Die drei stärksten Fraktionen (Sozialdemokratie, Zentrum und Konservative) sind im Präsidium gar nicht vertreten. Wie kam dies? Die National- liberalen stellten die Forderung auf, daß sie den ersten Präsidenten zu erhalten hätten und daß kein rechtsstehender Abgeordneter im Präsidium sitzen dürfe. Das Zentrum konnte sich auf solche Zu- mutungen nicht einlassen; es schlug u. a. vier Präsidenten vor, beharrte aber darauf, daß jeder Präsident alle Verpflichtungen seines Amtes zu übernehmen habe. Dies wollten die Sozialdemo- kraten nicht; sie forderten für sich eine Sonderstellung, ein Vorzugs- recht, und so scheiterte jede Verständigung. Es mußte also ein harter Wahlkampf entstehen. Am 9. Februar 1912 fand endlich die Wahl statt. Bei der Wahl des Präsidenten erhielten Stimmen:

- a) im ersten Wahlgange: Dr. Spahn 185, Bebel 110, Prinz zu Schönau-Carolath 85,
- b) im zweiten Wahlgange: Dr. Spahn 186, Bebel 114, Prinz zu Schönau-Carolath 85.
- c) im dritten Wahlgange: Dr. Spahn 196, Bebel 175.

Bebel hatte also die Stimmen der eigenen Partei, 41 der Volks- partei und 24 nationalliberale Stimmen erhalten, 13 National- liberale enthielten sich der Stimme und 11 wählten Dr. Spahn. Dieser nahm die Wahl an. Bei der nun folgenden Wahl des ersten



Vizepräsidenten erhielt der Sozialdemokrat *Scheidemann* 188 Stimmen, der Konservative *Dietrich* 174 Stimmen; ersterer war gewählt vom Linksbloc und nahm gleichfalls an. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde dann mit 275 Stimmen (95 Zettel der Rechte waren ungültig) der nationalliberale Abg. *Pasche* gewählt, der auch annahm. Aber dieses Präsidium dauerte nur einen Tag; denn schon am 10. Februar legte *Dr. Spahn* das Präsidium nieder, weil er mit dem Sozialdemokraten *Scheidemann*, der die Erfüllung aller Verpflichtungen seines Amtes abgelehnt hatte, nicht im Präsidium sitzen wollte. Am 14. Februar legte dann *Dr. Paasche* sein Amt als zweiter Vizepräsident auch nieder, obwohl seine Partei erst geschlossen den Sozialdemokraten gewählt und zur Hälfte sogar für *Bebel* gestimmt hatte. Nunmehr gaben bei der Ersatzwahl, da der Sozialdemokrat *Scheidemann* im Präsidium blieb, die Rechte und das Zentrum am 14. Februar weiße Zettel ab, so daß *Dr. Kämpf* (Volkspartei) mit 195 zum Präsidenten und *Dove* (Volkspartei) mit 194 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurden. Der Reichstag hatte also ein Präsidium *Kämpf—Scheidemann—Dove* auf vier Wochen. Da nur die beiden bürgerlichen Präsidenten ihre Karten bei Hofe abgaben, so lehnte der Kaiser es ab, diese zu empfangen, da er sich die Brückierung durch den Sozialdemokraten *Scheidemann*, der den Hohenzollern „Treubruch“ vorgeworfen hatte, nicht gefallen lassen konnte. Die Verlegenheit der Nationalliberalen stieg mit jedem Tag. Am 8. März fand die Wahl für die Dauer der Session statt. *Dr. Kämpf* erhielt 192 Stimmen, *Dr. Spahn* 187 und 4 Stimmen waren zerplittert. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten fiel der Sozialdemokrat *Scheidemann* mit 155 Stimmen durch, der nationalliberale Abg. *Dr. Pasche* erhielt 197 Stimmen und nahm an; Zentrum, Rechte und Nationalliberale stimmten für ihn. Der zweite Vizepräsident *Dove* wurde dann mit 209 gegen 147 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten *Scheidemann* fielen, wiedergewählt. Obwohl seine eigene Partei ihn nicht gewählt hatte, nahm er doch die Wahl an. Der Kaiser empfing dann das vollständige Präsidium. Die ganze Vorgeschichte der Präsidentenwahl wurde am 20. Februar 1912 in aller Breite im Reichstage aufgerollt. Reichskanzler von *Bethmann Hollweg* hatte am 16. Februar 1912 den liberalen Parteien zugerufen:

„Von den einst von *Bennigsen* und *Richter* geführten liberalen Fraktionen haben sich zahlreiche Abgeordnete bereit erklärt, dem Herrn Abgeordneten *Bebel*, dem Urheber des Wortes von der Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft, das höchste Amt zu übertragen, das der Deutsche Reichstag zu vergeben hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Und nachher, meine Herren, ist zum Vizepräsidenten ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt worden, (Zurufe von den Sozialdemokraten: Schrecklich!) der Worte gegen unser Kaiserhaus gebraucht hatte, die nicht vergessen werden können. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Meine Herren, sollte das die

Antwort sein auf die ruhige und vertrauensvolle Sprache der Thronrede, oder sollte damit die Begriffsverwirrung der Mitläufer der Sozialdemokratie bei den Wahlen sanktioniert werden?"

(Sitzung vom 16. Februar 1912. St. B. S. 66)

Abg. Dr. Paasche suchte das Verhalten seiner Partei zu entschuldigen durch die Mitteilung:

„Ich will daran erinnern, welches die Erklärung war, die die Herren von der Sozialdemokratie abgegeben haben. Sie haben, wie mir berichtet ist, ausdrücklich erklärt: alle staatsrechtlichen Pflichten, die dem Präsidenten obliegen, erfüllen wir, und wenn in Abwesenheit des Präsidenten die Notwendigkeit herantritt, daß der sozialdemokratische Vizepräsident höfliche Pflichten zu erfüllen hat und das Kaiserhoch auszubringen, so würde er sich dieser Pflicht nicht entziehen. (Hört! hört! rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts: Das bestreiten die ja!) — Herr Bebel war in der Sitzung — und das kann, soviel ich weiß, auch von anderer Seite bestätigt werden. Ich meine, die Tatsache steht fest: das ist den Herren vom Zentrum noch nicht genug gewesen, und darum wollten sie nicht in das Präsidium eintreten.“ (9. Sitzung vom 19. Februar 1912. St. B. S. 131)

Am darauffolgenden Tage kam der nationalliberale Abg. Schiffer auf diese Vorgänge zurück; dieser präzipierte die Verhandlungen dahin:

„Die Erklärungen des Abg. Bebel reichen nicht bis zu demjenigen Moment, auf den es hier ankommt, nämlich nicht bis zu denjenigen Erklärungen, die bei der letzten Besprechung mit dem Zentrum, mit der Freisinnigen Volkspartei und mit uns von der Sozialdemokratie und ihm als dem Vertreter seiner Partei abgegeben worden sind. Bei dieser Besprechung haben die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Bebel keinen anderen Sinn gehabt und konnten nicht anders aufgefaßt werden als dahin, daß der sozialdemokratische Vizepräsident im Falle der Behinderung des ersten Präsidenten bereit sein würde, den Besuch bei Hofe zu machen, und bereit sein würde, das Kaiserhoch auszubringen. (Hört! hört! rechts.) Nicht bloß ich habe diese Auffassung gehabt, sondern der Herr Abgeordnete Bebel möge die anderen Teilnehmer der Besprechung befragen, und er wird die Antwort erhalten, daß sie genau denselben Eindruck gehabt haben wie ich.“

(St. B. S. 166.)

Abg. Bebel bestritt diese Darstellung sehr entschieden:

„Ich kann nur sagen, daß ich einfach starr bin über diese Erklärung, die soeben Herr Schiffer abgegeben hat. (Bewegung. — Zurufe: Und Gröber?) An der ganzen Darstellung ist aber auch seit kein wahres Wort. (Stürmische Heiterkeit. — Große Bewegung. — Rufe Na! na!) — Fast kein wahres Wort, bitte, meine Herren!“

(St. B. S. 166)

Die Abgg. Gröber, Dr. Junck und Dr. Müller (Meiningen) bestätigten aber die Richtigkeit der Darlegungen des Abg. Schiffer. Der Sozialdemokrat Paasche suchte die Nationalliberalen durch folgende Enthüllungen bloßzustellen:

„Herr Abgeordneter Schiffer hat an den grundlegenden Verhandlungen gar nicht teilgenommen, (Hört! hört!) er weiß deswegen aus eigener Wahrnehmung nicht, was seine Parteifreunde bei dieser Gelegenheit erklärt haben. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Ich kann nur konstatieren — und seine eigenen Parteifreunde werden es ihm bestätigen — daß die Nationalliberalen sofort bei Beginn der Verhandlungen aus eigenem Antriebe unumwunden die Erklärung abgegeben

haben: „Wir erkennen den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion auf den Vizepräsidentenposten an, da ja die Sozialdemokratie die staatsrechtlichen Verpflichtungen übernimmt, die mit diesem Amte verbunden sind; mehr zu fordern, haben wir keinen Anlaß.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und rechts.) Damit war die Grundlage für alle Verhandlungen geschaffen, und zwar eine durchaus sichere und klare Grundlage. Erst als der Abgeordnete Schiffer auf der Bildfläche erschien, wurde diese Grundlage von ihm wieder in Zweifel gezogen und eine Verwirrung in den klaren Sachverhalt hineingetragen. Er brachte die an sich schon erledigte Frage noch einmal aufs Tapet. Er wird sich erinnern, daß ich ihm sogleich erwidert habe, die Frage der sogenannten höfischen Verpflichtungen sei längst erledigt, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) seine Freunde hätten in dieser Beziehung ohne alle Umschweife erklärt, daß sie der sozialdemokratischen Partei solche Bedingungen nicht stellten. Er hat darauf erwidert, das müßte ein Mißverständnis sein. Er bekam von mir die Antwort, davon könne keine Rede sein, weil in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise sich seine Parteifreunde aus eigener Initiative, bevor noch von uns eine Frage in dieser Richtung gestellt worden war, so geäußert haben, wie ich es wiedergegeben habe. Ich kann hinzu setzen — die Situation zwingt mich dazu — aus dem Kreise der nationalliberalen Fraktion heraus ist mir noch weiter erklärt worden, es könne doch niemand der sozialdemokratischen Fraktion, die die stärkste des Hauses geworden sei und einen großen Machtfaktor im öffentlichen Leben darstelle, zumuten, daß ein Angehöriger von ihr zu Hofe gehe; (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und rechts) man müsse, so wie die Dinge sich entwickelt hätten, auch Rücksicht nehmen auf die Anschauungen und Gefühle der sozialdemokratischen Wähler.“

(10. Sitzung vom 20. Februar 1912. St. B. S. 168)

Ueber die Stellung des Zentrums in dieser Frage hat der Abg. Gröber in derselben Sitzung erklärt:

„Wir haben zunächst die Herren Sozialdemokraten davon in Kenntnis gesetzt, daß wir nach den Mitteilungen, die wir von Herrn Freiherrn v. Hertling erhalten hatten, nicht in der Lage seien, für einen Präsidenten oder Vizepräsidenten aus den sozialdemokratischen Reihen stimmen zu können. Die Herren waren darüber etwas erregt, und es fiel von Herrn Naase die Bemerkung, die er auch hier mitgeteilt hat, das sei eigentlich eine starke Zustimmung für eine Partei, wenn man solche Bedingungen stelle. Ich habe darauf erklärt, daß wir dieselbe Bedingung bei jeder anderen Partei ebenso stellen müßten wie bei der Sozialdemokratie, wenn wir auch bei den bürgerlichen Parteien bis jetzt keine Veranlassung zu der Vermutung gehabt hätten, daß sie nicht alle die Pflichten, die mit einem solchen Amte verbunden sind, zu erfüllen bereit wären. Im Zusammenhang damit wurde noch einmal — und da täuscht sich wohl der Herr Kollege Nebel in seiner Erinnerung; die Auseinandersetzung ist nicht so ganz kurz verlaufen, wie er das mitgeteilt hat — es wurde von uns noch einmal gesagt, daß wir die gleichen Bedingungen jeder andern Partei auch stellen müßten, wie wir es gegenüber den Herren von der Sozialdemokratie getan haben, und dann kam man ausdrücklich zur Feststellung, wie weit die Herren von der Sozialdemokratie zu gehen bereit wären. Es ist zunächst gesagt worden: Erfüllung der staatsrechtlichen Verpflichtungen. Wir sagten darauf: das kann uns absolut nicht genügen; wir verlangen von jedem Präsidenten und zwar ohne Unterschied zwischen dem ersten Präsidenten und den Vizepräsidenten, daß sämtliche Verpflichtungen, mögen sie geschrieben oder ungeschrieben sein, erfüllt

werden. Daraufhin kam nun die Erklärung von Herrn Bebel, und nach meiner Erinnerung deckt sich diese Erklärung im wesentlichen mit dem, was Herr Schiffer über diesen Punkt mitgeteilt hat. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ja, ich bin doch verpflichtet, das zu sagen, an was ich mich erinnere. — Darauf kam also die Bebelsche Erklärung: wir Sozialdemokraten würden bereit sein, wenn der erste Präsident verhindert sein sollte, in seine Funktionen einzutreten, und wenn der erste Präsident verhindert wäre, Besuch bei Hof zu machen, dann auch zu Hof zu gehen, (hört! hört! links, Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit rechts) und ebenso, wenn der erste Präsident verhindert sein sollte, das Kaiserhoch selbst auszubringen, dann in Vertretung des ersten Präsidenten auch diese Funktionen zu erfüllen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Dagegen haben die Herren von der Sozialdemokratie ausdrücklich erklärt: wir könnten uns aber nie damit einverstanden erklären, daß wir ohne eine solche Zwangslage nun mit den beiden anderen Präsidenten dem Hof Besuch machen sollten, und ebenso kann man von unserer Partei nicht verlangen, daß sie beim Kaiserhoch mitmacht. So ist meine Erinnerung, meine Herren! Was die übrigen Mitteilungen betrifft, so ist richtig, was Herr Bebel angegeben hat. Wir haben dann erklärt, nachdem diese Äußerung gefallen war: auch diese weitergehende Erklärung der Herren von der Sozialdemokratie kann uns nicht genügen, wir verlangen von jedem Präsidenten und Vizepräsidenten die unbeschränkte und unbedingte Erfüllung aller Verpflichtungen seines Amtes ohne jede Unterscheidung, ohne jede Beschränkung und ohne Vorbehalt. Dann war die Sache nach der Richtung für uns erledigt.“

(10. Sitzung vom 20. Februar 1912. St. B. S. 169)

Es ist nur zu leicht erklärlich, daß nach diesen Auseinandersetzungen und angesichts der Schwierigkeiten in der eigenen Partei die Nationalliberalen bei der zweiten Wahl keinen Sozialdemokraten mehr ins Präsidium entsenden konnten.

**6. Der Ansturm der 110 Sozialdemokraten.** In der Generaldebatte zum Etat kam zuerst der Revisionist Dr. Frank-Mannheim zum Wort; er enttäuschte seine eigenen Parteifreunde durch die Kürze seiner Rede, an der nur bemerkenswert war, daß er für die volle Gleichberechtigung seiner Partei eintrat, daß er für direkte Reichssteuern „vielleicht in Verbindung mit großen Reichsmonopolen unter demokratischer Kontrolle“ eintrat. Reichskanzler von Bethmann Hollweg setzte dem den Sammelruf für alle bürgerlichen Parteien entgegen:

„Zu einer weiteren Demokratisierung unseres Wahlrechtes und zu einem Angriff auf die Grundlagen der Reichsverfassung werde ich die Hand nicht bieten.“

(7. Sitzung vom 16. Februar 1912. St. B. S. 66)

Der Radikale **L e d e b o u r** holte dann nach, was Frank versäumt hatte und meinte zur vorjährigen Marokkokrise:

„Ja, nach all den bekanntgewordenen Tatsachen ist doch diese patriotische Bewegung entweder vollkommen sinnlos gewesen oder durch verbrecherische Veranlassungen der deutschen Regierung herbeigeführt worden.“

(8. Sitzung vom 17. Februar 1912. St. B. S. 97)

Der Revisionist **D a v i d** begnügte sich damit, die Einigkeit unter Radikalen und Revisionisten zu betonen. Jedoch zeigte es sich immer deutlicher, daß die starke sozialdemokratische Fraktion

unter sich uneins ist und daß ein stiller und offener Kampf zwischen beiden Richtungen besteht, der manchmal in den Kommissions- sitzungen scharf zum Ausdruck kam (z. B. bei der Revision der Geschäftsordnung zwischen Dr. Frank und Ledebour). In der Budgetkommission des Reichstags haben eine Anzahl Sozialdemokraten für die Bewilligung des Kredits zum Schutze der Deutschen in China gestimmt; im Plenum hatten die Radikalen das Oberwasser und die geforderte Summe wurde abgelehnt. Bei den Wehrvorlagen sprachen dann nur jüdische Radikale (Haase, Gradnauer, Wurm) und der freireligiöse Prediger Vogtherr; jedoch legten sich die Sozialdemokraten in der Kommission eine gewisse Zurückhaltung auf. Wie aber die Arbeiten des Reichstages sich dem Schlusse näherten, da hatten die Radikalen wieder vollständig Oberwasser; sie konnten als ihre Redner Scheidemann, Dr. Lenich und Ledebour vorsehen; die Revisionisten waren zum Schweigen verurteilt. In diesen drei radikalen Reden wurde dann auch gar alles nachgeholt, was nach Ansicht der Umsturzpartei bisher unterlassen worden war. Die schärfsten Töne wurden angeschlagen, um schließlich Konflikte herbeizuführen, welche der Reichstag noch nicht erlebt hat. Scheidemann hat am 17. Mai 1912 die bekannte Straßburger Kaiserrede (siehe S. 27 ff.) dahin gedeutet:

„daß von kompetenten Stellen aus die Einverleibung in Preußen angedroht wird als die schwerste Strafe, (großes Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), die ein Volk wegen seiner Widerpenstigkeit treffen kann, als eine Strafe, die gewissermaßen gleich neben dem Zuchthaus steht, (sehr wahr, sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und die ja auch insofern mit der Zuchthausstrafe im Einklang steht, als durch die Verhängung dieser Strafe, d. h. durch die Einverleibung in Preußen, der Verlust bürgerlicher Ehrenrechte für die meisten Elsaß-Lothringer eintreten würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Pfuirufe und stürmischer Widerspruch rechts. — Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Herr Graf Westarp, Sie dürfen froh sein, daß Sie nicht im Preussischen Landtag sitzen und kein Sozialdemokrat sind, sonst würden Sie wegen Ihrer Zwischenrufe hinausgeschmissen werden. (Zuruf rechts.) Wir meinen aber doch, daß man mit solchen Drohungen, wie mit der Veretzung sozusagen in die zweite Klasse des Soldatenstandes (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) oder Veretzung in die unterste Klasse der deutschen Reichsangehörigkeit, nämlich in die preussische Klasse (Rufe rechts: Pfui! Unerhört! — Große Unruhe), doch etwas vorsichtiger sein sollte. (Große Unruhe und Pfuirufe rechts. — Glode des Präsidenten.)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Scheidemann, ich bitte Sie, sich zu mäßigen mit Ausdrücken, die dahin führen würden, daß ich Sie zur Ordnung rufen müßte. (Zuruf rechts: Allerhöchste Zeit. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

**Scheidemann,** Abgeordneter: Meine Herren, es handelt sich hier — ja, wenn die Herren sich nicht beruhigen können, kann ich ja noch ein bißchen warten. (Zuruf rechts: Sie beschimpfen Preußen — Der Reichstanzler und andere Bundesratsbevollmächtigten verlassen den Saal. — Stürmisches, anhaltendes Gelächter bei den Sozialdemokraten. — Andauernde Unruhe. — Zuruf von den Sozialdemokraten:

Endlich allein!) Meine Herren, nach dem Auszuge der hohen Herren der Regierung werden Sie sich vielleicht wieder beruhigen, so daß ich fortfahren kann. Wir müssen den schärfsten Protest erheben — — (Weitere Regierungsvertreter und mehrere konservative Abgeordnete verlassen ihre Plätze. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Bravo! Auszug! — Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)“ (64. Sitzung vom 17. Mai 1912. St. B. S. 2055)

Dann bezeichnete er Preußen als „das deutsche Sibirien“ (S. 2057). Von dem preußischen Abgeordnetenhaus jagte er:

„Man fragt sich: auf Grund welches Gesetzes sind diese Leute überhaupt in jenem Hause? Diese Leute sind überhaupt nicht auf Grund eines Gesetzes in jenem Hause, sondern auf Grund einer Verordnung, die vor 63 Jahren unter Bruch eines Königswortes erlassen worden ist. (Stürmischer Widerspruch und Zurufe rechts. — Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Wiederholte stürmische Zurufe rechts. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)“

**Präsident:** Herr Abgeordneter, wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Große andauernde Unruhe.)“

(64. Sitzung vom 17. Mai 1912. St. B. S. 2058)

Der Protest des Reichskanzlers richtete sich nicht allein gegen diese maßlosen Beschimpfungen Preußens durch den früheren ersten Vizepräsidenten Scheidemann, sondern auch gegen das indolente Verhalten des Präsidenten Dr. Kämpf, der diese Worte unbeantwortet ließ. Der Reichskanzler ließ dem Präsidenten sagen, daß er nicht in der Lage sei, eher an den Verhandlungen teilzunehmen, als bis diese Ausfälle gerügt seien. Präsident Kämpf erteilte dann am Schlusse der Rede dem Abg. Scheidemann einen bedingten Ordnungsruf; dieser genügte dem Reichskanzler nicht. Nachdem zwei weitere Redner gesprochen hatten, erhielt Scheidemann „wegen der Preußen auf das schwerste verletzenden Ausprüche“ einen nachträglichen unbedingten Ordnungsruf. Daraufhin erschien der Reichskanzler mit allen Vertretern des Bundesrats wieder im Sitzungssaal. Die Ausfälle Scheidemanns hatten seine Position erheblich verbessert. Der radikale Sozialdemokrat Dr. Lensch erklärte, daß Scheidemann nicht das preußische Volk gemeint habe, „sondern dann meint er das Preußen der Bevormundung und Niederknüttelung des freien Geistes (sehr richtig!), jenes Preußen, das bisher bei allen Deutschen, gerade bei den edelsten und besten Geistern aller Jahrzehnte, die schärfste Opposition gefunden hat, jenes Preußen, für das genügend scharfe Worte zu finden die deutsche Sprache kaum ausreicht.“

(64. Sitzung vom 17. Mai 1912. St. B. S. 2079)

Der Sozialdemokrat Ledebour hat dann in der dritten Lesung am 22. Mai 1912 nochmals die schwersten Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen, freilich eingekleidet im Vergleiche mit England. So haben die Radikalen am Schlusse der Sitzungsperiode gezeigt, daß sie in der Fraktion das Heft in der Hand haben. Dabei trat aber auch die große Abhängigkeit des Präsidenten Kämpf von der Sozialdemokratie zutage, eine Abhängigkeit, die in den stürmischen Debatten zur Hilfslosigkeit gediehen ist.